

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

19 (23.1.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bestandteil: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Postamt monatlich 1.20 M., 1/2 jährl. 3.60 M., Jugel'alt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.00 M.; durch die Post 1.34 M. bezw. 4.02 M.; durch die Reichspost 1.85 M. F. am 1.10 M., vorausschickend Ausgabe: Verlag mittags: Geschäftszeit: 1/2-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonnenzeile od. deren Raum 25 J., zugügl. 30 % Texterhöhungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annehmehmschl. 360 norm., für groß. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gessle & Cie., Karlsruhe.

Deutsche Nationalwahlen.

Vorläufiges nichtamtliches Wahlergebnis.

W.B. Berlin, 22. Jan. Das Endergebnis aus den Wahlen zur Nationalversammlung setzt sich folgendermaßen zusammen: In den 37 Wahlkreisen mit ihren 421 Abgeordneten haben erhalten:

Deutsche Nat. Volkspartei	34	Abgeordnete
Christliche Volkspartei (Zentr.)	88	"
Deutsche Volkspartei	23	"
Deutsche Dem. Volkspartei	77	"
Fraktionlos	11	"
Sozialdemokr. Partei	164	"
Unabh. Soj.	24	"
Zusammen	421	Abgeordnete.

Die 11 fraktionslosen Sitze verteilen sich auf 4 Wesen, 1 Vertreter der Bauern- und Landarbeiter-Demokraten, 4 bayrische Bauernbündler und 2 Sitze der württembergischen Bürgerpartei.

Ueberblickt man nun das Gesamtbild des Wahlausgangs, so muß es als höchst erfreulich für die Sozialdemokratie bezeichnet werden. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen haben insgesamt 188 Sitze inne, es fehlen nur noch 5 Prozent der Stimmen und der Mandate zur absoluten Mehrheit. Die alte sozialdemokratische Partei hat ihren Bestand gegenüber bisher verdoppelt. Und hat sie auch noch nicht die selbständige Mehrheit, so gewährleistet doch die Zahl von 164 Sitzen ihr einen Einfluß, der in der weiteren Entwicklung des Reiches nicht gering sein wird. Keine der anderen Parteien hat die Zahl 100 erreicht. Am nächsten dieser Zahl kommt die bürgerliche Demokratie, die 94 Sitze inne hat. Die demokratische Linke verfügt also über eine Mehrheit von 280 Abgeordneten, also mehr als zwei Drittel aller Sitze. Diese Tatsache zeigt am besten, nach welcher Richtung die Entwicklung des Reiches geht, das Ergebnis ist zugleich eine Rechtfertigung der Revolution, was noch deutlicher zum Ausdruck kommen wird, wenn erst die genauen Zahlen der auf unsere Partei entfallenen Stimmen vorliegen werden.

Die Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 21. Jan. Wie verlautet, wird die erste Handlung der auf den 6. Februar nach Weimar einberufenen Nationalversammlung die Wahl einer provisorischen Regierung sein. Hat diese ihr Amt angetreten, dann wird die Nationalversammlung in die Behandlung der Verfassungsurkunde eintreten, die voraussichtlich nicht von der Regierung eingebracht, sondern als ein Vorschlag des Reichsamts des Innern der Versammlung als Grundlage für ihre Beratungen, zugehen wird. Mit der Erledigung des Verfassungsentwurfes, für die ungefähre der Monat Februar in Aussicht genommen ist, ist der erste Abschnitt der Arbeit der Versammlung getan. Diese Arbeit wird sich weniger in Volltungen als in Kommissionsarbeiten abspielen. Der zweite Tagungsabschnitt dürfte sich mit den Friedensverhandlungen befassen, die kaum vor dem Monate Juni zur Verhandlung kommen werden. Die Finanzfragen werden wohl als Notgesetz behandelt werden müssen. Es ist in Aussicht genommen, eine gleichzeitige Tagung der Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung zu vermeiden und die letztere erst dann zusammenzubekommen, nachdem der erste Tagungsabschnitt der Nationalversammlung erledigt ist.

W.B. Berlin, 22. Jan. Die Arbeitsdauer der Nationalversammlung in Weimar wird auf etwa 2 Monate angesetzt.

Man nimmt an, sagt der „Berl. Post“, daß die Friedenskonferenz nicht vor dem Juni stattfinden dürfte. Es besteht die Absicht, die Landesparlamente der einzelnen Bundesstaaten nicht gleichzeitig mit der Nationalversammlung tagen zu lassen. Unter diesen Umständen ist es doppelt unverständlich, daß man die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung in größter Hast auf den nächsten Sonntag angelegt habe.

Die Streikbewegung in Deutschland.

Berlin, 22. Jan. Die Ärzteschaft Bremens hat beschlossen, ihre gesamte Berufstätigkeit sofort einzustellen, sobald durch politische Streiks der Verkehr in Bremen, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln usw. in gefährdender Weise unterbrochen werde. Die Apotheker haben einstimmig den Beschluß gefaßt, im Falle eines Streikes der Ärzte ihre Apotheken für jeden Verkehr zu schließen.

Berlin, 22. Jan. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet aus Halle a. d. S., daß der Eisenbahnerstreik, der gestern den Güterverkehr lahm legte, heute durch Zurückziehung der wichtigsten Beamten aus dem Dienste beendet wurde. Der Verkehr ist wieder normal.

W.B. Halle a. d. S., 22. Jan. Nachdem die ausständigen Bahnarbeiter gestern beschlossen hatten, auch den Ver-

kehr im Bahnhof Halle zum Stillstand zu bringen, haben die Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den Vertretern der Eisenbahner inzwischen zu einer Einigung geführt. Die Direktion hat in die Entlassung möglicher Vorgesetzter eingewilligt.

Berlin, 22. Jan. Aus Danzig erfährt das „Berl. Tagebl.“, daß der Vollzugsausführer für heute einen allgemeinen Proteststreik wegen der Ermordung Karl Liebknechts und der Rosa Luxemburg angeordnet habe. Die Theater und Kinos müssen schließen. Die Zeitungen dürfen nicht erscheinen.

Berlin, 22. Jan. Im Ruhrgebiet ist gestern, wie verschiedene Morgenblätter melden, die Zahl der freikundigen Bergleute auf annähernd 8000 zurückgegangen. Ausständig sind noch die Bergleute von 12 Schächten, während auf sieben die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Der Streik in Berlin.

Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter. Berlin, 21. Jan. (Berliner Meldung.) Täglich hat Berlin eine neue Ueberflutung. Heute streikten die Elektrizitätsarbeiter. Seit Eintritt der Dunkelheit haben die elektrischen Bahnen ihren Dienst eingestellt. Die Straßenbeleuchtung, soweit sie nicht aus der Gasanstalt gespeist wird, ist erloschen und in den Wohnungen fierte die Petroleumlampe und die Kerze eine unangenehme Wiederkehr. Die Straßen sind selbstverständlich außerordentlich belebt, da die Kaufende und Abertausende von Angestellten den Heimweg zu Fuß antreten.

W.B. Berlin, 22. Jan. Die „B. Z.“ schreibt heute: Erneute Beratungen wegen des Streiks der Arbeiter in städtischen elektrischen Werken haben heute Mittag im Rathsaule stattgefunden. Nachdem der Berliner Magistrat sich bereit erklärt hatte, das Einigungsamt des Berliner Gewerbevereins anzuerkennen und sofort dort ein Versteck mit den Arbeitern nicht erzielt werden sollte, den Schiedsrichtern des Gewerbevereins, haben heute Vormittag die Arbeiter auf Vorschlag ihrer Organisation den gleichen Beschluß gefaßt. Das Einigungsamt trat heute vormittag 10 Uhr unter dem Vorsitz des Magistratsrates von Schulz zusammen. Die Arbeiter verlangten für Heiser und Maschinenisten pro Stunde 2.80 M. bzw. nach einem Jahr 2.75 M., für Facharbeiter und Mechaniker 2.85 M. bzw. 3 M., Schlichter und Hilfsarbeiter 2.50 (2.65) M., Jugendliche Arbeiter und Frauen 1.85 (2.00) M. Außerdem sollen die heutigen Vorschläge für Nacharbeit und Sonntagsarbeit von 26 bezw. 50 Prozent bestehen bleiben. Die Arbeiter wollen nach einem Jahr einen siebenprozentigen und nach 2 Jahren einen 14prozentigen Ueberschuß erhalten.

Einen Mitarbeiter des „Vorwärts“ wurde amtierend mitgeteilt, daß die wirtschaftliche Situation sich sehr verschlechtert habe. Der Mittelpunkt der Krise sei die Kohlennot. Trotzdem der Streik bei den städt. Elektrizitätswerken die Kohlenmärkte etwas gestreckt habe, so drohe doch in mehren Tagen eine völlige Stilllegung nicht nur dieser Betriebe, sondern auch aller anderen auf Brennstoff angewiesenen Betriebe. Die Krise drohe gleichzeitig in den verschiedensten Branchen von Deutschland einzutreten. Sogar in den Bergwerken fehlt es an der notwendigen Kohle. Die Arbeiter hierfür seien die zahlreichsten streikenden und lokaler Sozialismusverbreitern in den Bergwerken. Die Leute verstoßen ihre Schicht und leisten verständig wenig. Unter Wirtschaftlichen, hat der „Vorwärts“, hat so hart gelitten, daß die Arbeiter droht, wenn es nicht möglich sei, in nächster Zeit die Leistungen aller wirtschaftlich mächtigen Betriebe auf ein Vielfaches der jetzigen Unproduktivität zu bringen.

Im „Vorwärts“ heißt es weiter: Selbstverständlich gewinnt die rapid zunehmende Forderung aller Arbeiter und Angestellten zu immer neuen Ausdehnungsforderungen, aber wo soll es hinreichen, wenn die Arbeiter eines für die Gesamtheit unentbehrlichen Produktionszweiges die Rücksicht auf die Gesamtheit einfach beiseite setzen.

Streikbewegung in Spanien.

Madrid, 22. Jan. Agence Havas. Eine Arbeiterdelegation legte dem Ministerpräsidenten die Forderung der Arbeiterschaft vor. Die Delegation verlangte die unverzügliche Annahme folgender Mindestforderungen: Achtstündigen Arbeitstag, Mindestlohn entsprechend der Lebenshaltung, Abschaffung der Akkordarbeit, Abtretung der Nutzung des bearbeitenden Bodens an den Staat oder die Gemeinden.

Deutscher Verkehrsminister.

W.B. Berlin, 22. Jan. Amlich, obwohl der Verkehr der Personen- und Schnellzüge schon bisher zum Nachteile aller bereit, die auf die Benutzung der Eisenbahnen angewiesen sind, überaus hart eingegriffen war, so sieht sich die Staatsbahnenverwaltung nun doch gezwungen, abermals mit weiteren empfindlichen Einschränkungen in Personen- und Schnellzugsverkehr vorzugehen. Sie treten bereits am 23. ds. Mts. in Kraft. Von diesem Tage an werden im ganzen Deutschen Reich kaum noch ein Dutzend Schnellzüge verkehren. Der Grund dieser für das ganze Verkehrsleben äußerst nachteiligen Maßnahme ist in erster Linie die unüberwindliche Abgabe leistungsfähiger Lokomotiven an die Entente-mächte.

Das Vorspiel.

Karlsruhe, 23. Januar.

Wilson hat die Aufforderung Clemenceaus, nach dem Kriegsgebiet zu reisen, abgelehnt. Es ist klar, was die Aufforderung des französischen Ministerpräsidenten bezweckt, es ist klar, was die Absage Wilsons bedeutet. Lord George und Clemenceau wollten politische Stimmungsmache betreiben. Sie hofften, den Präsidenten der Vereinigten Staaten durch den Abfall der geröteten Städte, des verwüsteten Nordens, der vernichteten Werte für eine Politik der Rache, der „Bestrafung“, des niederdrückenden Boykottes zu gewinnen. Wilson aber ist nicht über den Ozean gekommen, um als ein gewöhnlich sterblicher Mensch sentimentalen Gefühlsanwandlungen nachzugeben, sondern er ist gekommen und bereits wochenlang hier geblieben, um als Soldat großer Ideen für Weltfrieden, militärische Rüstungseinschränkungen oder Abrüstung und für Schiedsgerichte zu wirken. Der Gegenstand des moralischen Willens und des politischen Ziels tritt in dieser Aufforderung resp. Ablehnung deutlich zutage. Clemenceau will den Hof; den unerschrockenen, will herumspielesden Hof; Wilsons Stimmung ist auf Rückkehr zur Weltberuhigung gerichtet.

Der Gegensatz zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und den Leitern der europäischen Entente zeigt sich hierbei nicht zum ersten Male. In Manchester hat Wilson eine Rede gehalten, in welcher der Unterton der Kränkung bereits deutlich genug herausklang. Er hatte dort erklärt, daß er die berichtigte Politik des Gleichgewichts der Kräfte, dieses alte Diplomatenurteils Englands gegenüber dem europäischen Kontinent, verwerte und nur einem Bunde aller Völker und gleichberechtigter Völker seine Zustimmung geben werde. Mit dieser Gleichgewichtsdiplomatie ist er sehr stark ins Gericht gegangen. Er nannte sie bei ihrem richtigen Namen: einen Vorwand, der seit Jahrhunderten zur Vorbereitung und Begründung heutiger Forderungen werde, eine listige Ausrede, um Mächtevereinbarungen zur Begründung anderer Mächtevereinbarungen zu schaffen. Nur das durfte er nicht sagen, daß der dirigierende Kopf dieser Politik sie erkennen hatte, um damit Beherrscher der im Gleichgewicht der Kräfte gehaltenen Völker zu sein, weil eben dieser Schlagwort seit jeher England gewesen ist. Clemenceau hat zur selben Zeit über diese Frage gesprochen. Er verleidete, nein, er verherrlichte geradezu die Politik des Gleichgewichtes der Kräfte, er verfiderte unter dem lauten Beifall der französischen Kammer, daß die Bündnisse, welche die Entente im Krieg geschlossen habe, nicht aufgegeben werden dürfen und machte gar kein Hehl daraus, daß der Zweck davon in der völligen Niederhaltung Deutschlands sein solle. Vom Präsidenten Wilson entwarf er ein Signalment, in dem ihm „hohe Ideale“, eine „treuherzige Seele“ und der „Geh gegen alle Faltschheit“ bescheinigt wird. Also gerade das will Clemenceau an Wilson hervorheben, was in seinen Augen unfähig zum tüchtigen Politik und Staatsmann macht. Mit diesem niederrücklichen Ueberlegenheitsdünkel, in dem bekanntermaßen Volkstümlichkeiten wie Völkerverbund, Abrüstung, internationale Schiedsgerichte auch von unieren Edelrohlern und Hinterlandshelben ironisch abgeban werden, muß sich ein Wilson behandeln lassen, das Oberhaupt eines Staates von hunderten Millionen, der Retter vom Untergang, der Entzifferer des Sieges über Deutschland. Was aber wäre jetzt eine Politik der Ententeblindnisse gegen Mittel- und Osteuropa? Was andere als eine Politik des Gleichgewichtes, Mittelamerika mit Deutschland an der Spitze war eine Kriegskonstruktion und eine sehr verhängnisvolle. Es existiert als Einheitsmacht nicht mehr und selbst Deutschland existiert kaum noch als geschlossenes Staatsgebilde. Wenn die Entente will, kann sie es in Feten zerreißen und mit ihnen herumfuchseln, wie es einst Napoleon I. tat. Fast braucht sie das gar nicht mehr, denn Deutschland, ins maßlose Erd oemfen, droht, geschädigt durch vorkriegsliche und kapitalistische Volkstumoren, deren Träger teurelle cerne Reichsaus nehmen würden, ohne Zutun der Mächte in Ruine zu zerfallen. Und was steht sonst auf der Seite des Banekalkens, welcher der Entente das Gleichgewicht halten könnte? Rußland! Deutschland! Ungarn! Staaten? O nein. Geographische Begriffe von Reichen, die ehemals waren und morgen wie Gott wie ausheben werden. Die Entente in ihrem bisherigen Zusammenhange ist nicht Gleichgewicht der Kräfte. Sie ist Weltberückung. Sie ist der Widerdruck zum Gedanken des allgemeinen Völkerverbundes, eine Machtverteilung, durch die er zur Verleugnung und Unmöglichkeit wird.

Wilson verlangt die Abrüstung oder mindestens eine sehr starke Rüstungseinschränkung. Ein alter Gedanke, der schon deshalb nicht amerikanischen Urbrungs sein kann, weil Amerika vor dem Weltkrieg nie die umheißelte europäische Impotenzpolitik des „Si vis pacem para bellum“ (Mühe zum Krieg, wenn du Frieden willst) mitgemacht hat. Immanuel Kant hat im Jahre 1795 die Forderung auf Abrüstung und Weltfrieden gestellt und sie ist ja nur der politische Ausdruck für die Lehre, welche von Nazareth auszusagen ist und in Gotha am Kreuz besungen wurde. Europa hat nun seine eigene Methode, mit beratigen Forderungen und Ideen umzugehen. Es ergibt sie zu Theorien und debattiert endlos.

Seite 8.
Da
werden,
ferung.
382
Dauer, und
Teilnehmer
kurz in
ihre Mittage
am Kurse
Stadter
Verzögerung
Kodkurs ca.
509
werden in
Secretariat
13, 3. Stock,
und entgegen
aus.
631
Reichert.
Arbeitstitel von
10 Uhr.
Krenz.
ab der Stadt
in der Zeit
: Von den
(m. G.) 50,
bezw. Orts-
0. Bonndorf
1000, Ober-
Dezbr.) 300,
800, Wolfach
900, Baden-
bern (m. G.)
Baden 500,
400; von
tations- und
Botannahme
b. Heimtrieb
enberg. Amt
ein (Kollekte
prende Kriege-
lungen. Büch
st 677, 2.67,
Dat. Offen-
St. Keller,
mehrere ca
14.57, Wil-
92 Pf. 688

Über sie herum. Kommt aber jemand und ermahnt, nun sei es Zeit, an die Durchführung zu gehen, des Unglücks, welches deren Unterlassung im Gefolge gehabt habe, sei genug und übergenug, so behandelt man ihn stets wie jetzt eben Clemenceau Wilson behandelt hat. Man nennt ihn einen idealen Schwärmer, einen weltfremden Träumer, weiß Gott was sonst noch, um aus Höflichkeit nicht armer Narr zu jaen und heißt ihn mit der Geste ironisierender Grobmut, an ein nützliches Tagewerk zu gehen. Dem Amerikaner importierte die Theorie dagegen nur als Grundlage und Schema praktischer Ausführungen. Er hat das Kunststück fertig gebracht, eine für den europäischen Geist völlig auf die Theorie beschränkte Wissenschaft wie die experimentelle Psychologie Alltagszwecken dienstbar zu machen. So begnügte sich also Wilson nicht mehr mit theoretischen Erörterungen über Völkerbund und Völkerfrieden, sondern er kam herüber, um mit der ihm zugesagten Autorität des Reichsrichters, für die Durchführung des Seilabgebotes und der Kant'schen Forderung einzutreten. Deutschland jubelt ihm zu. Es hat keine äbeltraffenden Renommisten und Weltberausforderer zum Teufel oder in die Mauselscher gejagt und es zeigt sich jetzt, daß es nicht so militärisch war, wie es verfahren wurde. Ganz anders ist Clemenceau gefinnt. Er hat unter dem Beifall seiner Kammer rundweg erklärt, daß Frankreich gar nicht an Abriistung denke, daß es auf den starken Schutz seiner Grenzen nicht verzichten könne. Und mit einem ironischen Seitenblick auf Wilsons Völkerbundgedanke fügte er hinzu, daß ihm freilich auch jede weitere Würdigung für den Landeschutz willkommen sein werde. Ganz dieselbe Sache wie bei unseren Militaristen. Immer nur Vertrauen auf die starken Bataillone. Nur gewandter, aber mutiger und charakterfester ist dieser Clemenceau, als unsere Hindenburg, Tirpitz und Ludendorffs. Gesichtskreis, Lebens- und Weltanschauung bleiben bei diesem durch alle politischen Stürme und Erfolge hindurchgegangenen Siebenhundertjährigen so eng militärisch, so engherzig erobrerungslüchtig und so abgeneigt den weiteren Verheißungen des Wilson'schen Programms wie bei unseren Stiefemann und Hindenburg. Noch schlechter wird von der europäischen Entente die Forderung auf Abriistung zur See aufgenommen. Frankreich und England sind gemeinsam diesem Projekt entgegengetreten. Sie haben das mit solcher Entschiedenheit getan, daß die Vereinigten Staaten durch den Mund ihres Marineministers Daniels den Entschluß kundgegeben haben, die stärkste Flotte der Welt zu bauen, falls Frankreich und England die Nützlichkeitsbeschränkung zur See nicht direkt zu einem besonderen Passus des Friedensvertrages machen werden. Daraufhin haben sie mit der alten parlamentarischen Diplomatenclique die ganze Streitfrage einer Kommission überwiesen. Sie wollen zunächst einmal Zeit gewinnen. Sodann denken sie, die Angelegenheit bei günstigerer Konjunktur zur Sprache zu bringen und vielleicht unter ein paar belanglosen Zugeständnissen den ganzen Vorschlag in die Kammer phantastischer Projekte zu werfen.

Wilson wünscht die Einigung zwischen Seiner und Bestiegten möglichst auf der Grundlage des Völkerbestimmungsrechts. Amerika gibt ein vorbildliches Beispiel. Es hat der europäischen Entente die Kriegführung ermöglicht, es hat ihr Freiheit und Sieg gebracht und will nichts dafür. Nichts als die schwerwiegende Rückgabe der Kriegsdarlehen. Die Engländer und Franzosen aber zeigen uns jetzt, wie man auf einen alldeutschen Schmelzen zwei allenglische und allfranzösische legt. England hat wie immer den größten Appetit. Nichts von Rückgabe der deutschen Kolonien, nichts von Rückgabe der asiatischen Eroberungen. Es will sich einen Landweg von Afrika über Klein-Asien nach Indien schaffen und das alle Projekt, ganz Afrika von Kairo bis Kapstadt englich mit einigen französisch-portugiesischen Schönheitsfäden dazu, soll jetzt Wirklichkeit werden. Konstantinopel wird nominell eine neutrale, in Wirklichkeit jedoch eine von England beherrschte Stadt. Was Frankreich an Ländererweiterungen erstrebt, ist bisher noch nicht ersichtlich, da ein Teil politisch Beionener vor den Organen der Welt zu hängen scheinen, denen sich die Nachkommen und die politisch Unbequemten überlassen haben. Der Krieg ist kaum zu Ende und schon haben die Staatsleiter in Paris und London dafür gesorgt, daß der Konfliktstoff zu neuen Kriegen vorliegt. Ginge es nach ihnen, so würde die Luft des Friedens erfüllt sein von den Hornstufen der bedrückten Minderheiten, von der Emigration über das hinweggeleitete Völkerrecht und von dem Abscheu über so viel Lug und Gewalttätigkeit, die an den wehrlosen Völkern verübt wurden.

Der Gegensatz zwischen Wilson und Clemenceau ist das Vorbild zu den Präliminarfriedensverhandlungen. Unsere Gegner müssen erst unter sich abmachen, ob das Programm Wilson oder das Programm — Clemenceau-Georne die Unterlage des Friedensschlusses sein wird. Das wird sich in den ersten Verhandlungstagen deutlich zeigen. Aber Wilson ist nur eine Hoffnung für uns. Die mehr verprechende liegt in dem Glauben, daß die Feinde sich selber schädigen, wenn sie unsere Vernichtung durchzuführen und daß ihre Unterhändlerung genug sein werden, um zu wissen, wie viele Gründe sie haben, mit uns in erträgliche Verkehrsbeziehungen zu kommen.

Ausland.

Portugal wieder Monarchie?

Madrid, 22. Jan. Reuter meldet aus Madrid: Die spanische Regierung erhielt Nachrichten aus Portugal, die besagen, daß die monarchische Bewegung in Nordportugal den Sieg davongetragen habe. In Oporto ist eine neue Regierung gebildet. Die verlastet, wurde Manuel zum König ausgerufen. Es heißt, daß D'Alva sich der Bewegung angeschlossen habe.

Madrid, 22. Jan. Gavas. Nach im Ministerium des Innern eingetroffenen Meldungen sind die Telegraphen- und Telefonverbindungen zwischen Oporto und Lissabon unterbrochen. In Oporto ist König Manuel ausgerufen worden. Nach Lissaboner Meldungen haben die republikanische Regierung um Winternacht des 19. die politische Lage. Die monarchistische Bewegung, die angeblich vom Erlösigen nicht unterdrückt wird, beschränkt sich auf die Städte Porto, Braga sowie Viseu. Der König hat sich der republikanischen Regierung zur Verfügung gestellt.

Paris, 22. Jan. Gavas. Aus Porto wird gemeldet: Nach der Verkündung der Monarchie desertierten die Truppen unter dem Jubel der Menge. Der König und die neuen Minister haben die Regierungspaläste besessen. Die Grenzen werden überwacht, um die Abreise von Republikanern zu verhindern.

Paris, 21. Jan. Agence Gavas. Die Wälder bringen die amtliche Mitteilung, daß die Regierung Herr der Lage sei. Die monarchistische Bewegung beschränkt sich auf Porto und Braga.

Zur Lage in Russland.

Berlin, 22. Jan. Die estnische sozialistische Zeitung erfährt, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, vom Haupt der estnischen Regierung, Trotski habe an Sinowjew telegraphiert, daß die Bolschewiken wahrscheinlich gezwungen sein würden, Petersburg ohne Kampf aufzugeben. Trotski erklärte, die Bolschewiken hätten eine große Niederlage im Norden erlitten, da die ganze Armee, mit dem General an der Spitze, zum Feinde übergegangen sei. Seit Donnerstag sollen 60 000 Arbeiter in Petersburg streiken.

Bern, 22. Jan. Die Zeitung „Republique de Yvon“ meldet aus Chalons sur Rhone einen Transport deutscher Lokomotiven, darunter sehr starke, die für den Schnellzugverkehr Paris-Marseille eingestellt wurden.

Deutsches Reich. Die neue deutsche Verfassung.

§ Der Verfassungsentwurf für das neue Deutsche Reich ist erschienen. Das Föderativsystem liegt dem Plan zugrunde. Aber in einer Form, die dem Einheitswillen des Volkes volle Wirkungsmöglichkeit läßt. Bismarck's Werk wird zerlegt, sein Geist wird überwunden. Alle Macht fällt dem souveränen Volke zu, das seinen Willen durch das freieste Wahlrecht ausübt; neben dem Wahlrecht besteht ein Bestätigungs- oder Verwerfungsrecht gegenüber bestimmten Parlamentsbeschlüssen. Ein unmittelbares Vorschlagsrecht dagegen ist nicht vorgesehen. Reichsteile sind die freien Reichsteile, die aber nicht einfach Fortbildungen der bestehenden Bundesstaaten sein werden. Vielmehr nimmt der Entwurf den Gedanken der Staatenbildung nach natürlichen, wirtschaftl. und ethnographischen Zusammenhängen auf. Preußen wird sich teilen und es wird damit aus der Beherrschung (scheiden. Weiterschauend spricht die Begründung des Entwurfs von der Möglichkeit, durch den staatlichen Neuaufbau vom Reich getrennte Glieder zurückzugewinnen, nicht nur Deutsch-Österreich; auch die Schweiz und Holland.

Ein Reichstag mit einem Volks- und einem Staatenhaus wird das Parlament sein; das Staatenhaus indirekt gewählt, nämlich durch die auf gleicher Grundlage zustandekommenen Volksvertretungen der Bundesstaaten. In der Spitze des Reichs steht ein vom Volk auf sieben Jahre gewählter Präsident, der wiederwählbar, aber auch auf Verlangen des Reichstags durch Volksabstimmung abberufbar ist. Ein Kanzler und verantwortliche Reichsminister werden vom Präsidenten ernannt; sie bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkshauses.

Interessant ist, daß Verfassungsänderungen, zu denen übereinstimmender Beschluß beider Häuser des Reichstags und qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, fünf Jahre später der Volksabstimmung zuzuführen sind.

Die Verfassung sichert nicht nur die Rechte nationaler Minderheiten, sie schreibt auch den Einzelstaaten und Gemeinden, denen das Selbstbestimmungsrecht zusteht, die Anwendung des allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlrechts vor, unter Beteiligung der Frauen nach den Grundätzen der Verhältniswahl; ein Wahlrechtsalter ist nicht erwähnt. Geburts- und Standesvorrechte werden beseitigt, Glaubens- und Gewissensfreiheit werden errichtet. Für die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche soll ein Reichsgericht Grundzüge aufstellen, deren Durchführung Sache der Freistaaten ist. Das unbeschränkte Koalitionsrecht ist in die Grundrechte aufgenommen. Ebendort steht auch das Ziel einer Aenderung der Grundbestimmungen zugunsten einer gesunden Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb. Unwirtschaftlich genutzter Großgrundbesitz ist aufzuteilen.

Die leitende Idee des Verfassungsentwurfs spricht der folgende Satz der Begründung, die wir morgen im Wortlaut bringen werden, aus:

Die deutsche Republik kann nur die demokratische Selbstorganisation des deutschen Volkes aus einer politischen Gesamtheit sein. Dieser Grundgedanke wird nur noch verstärkt durch den Charakter der Revolution entsprechenden Gedanken fortschreitender Sozialisierung. Seine Vollendung kann dieser letztere Gedanke sicherlich nur international finden; soweit jedoch das einzelne Staatswesen solcher Vollendung innerhalb seiner Grenzen vorarbeiten kann, ist die politische Voraussetzung eine freie demokratische Verfassung. Daß eine fruchtbare Sozialisierung nur auf dem Boden der politischen Demokratie zu erstehen kann, daß gerade die deutsche Sozialdemokratie immer nachdrücklich bekannt und schon in ihrem Namen zum Ausdruck gebracht.

Groß und erhaben stellen diese Sätze das Ziel der Revolution vor uns hin. Dahin zu streben, ist edle Lust ist Erfüllung des besten Lebenswunders. Dabei mitanzuwirken, ist jeder Volksgenosse berufen. Wer noch nicht volles Vertrauen hatte, wer aus der Geschichte des deutschen Volkes die Botschaft entnahm, daß Mangel an Willenskraft abermals das Werk auf halbem Wege stehen lassen werde, der kann jetzt freudig sich den Werkleuten einordnen, die am deutschen Staatsbau zimmern.

Das neue Preußen.

Die P. B. N. melden, daß nach dem Verfassungsentwurf Preußen in 10 Republiken zerlegt werden wird. An der Spitze der Bundesrepublik, in die es zerlegt werden soll, steht die Republik Berlin mit ungefähr 10 Millionen Einwohnern. Dann soll sich anschließen eine Republik Preußen, umfassend Ostpreußen, Westpreußen und den Kreis Bromberg; eine Republik Schlesien, die die Provinz Schlesien, die Sudetenländer und Ost-Deutsch-Vöhmen umfaßt, die Republik Brandenburg, zu der auch die Provinzen Pommern, die Altmark und beide Mecklenburg gehören; dann die Republik Nieder-Sachsen mit Hannover, Schleswig-Holstein, Oldenburg und Braunschweig; die Republik Westfalen mit Schaumburg-Lippe und Hammont; die Republik Hessen, umfassend Hessen-Nassau und das Großherzogtum Hessen; die Republik Rheinland mit der bayerischen Pfalz und dem Fürstentum Birkenfeld. Der Regierungsbezirk Erfurt soll zu Groß-Thüringen kommen.

Wien soll ebenso wie Berlin reichsunmittelbar werden. Die übrigen Teile Deutsch-Böhmens sollen an Schlesien oder zum Bundesstaat Ober-Sachsen oder zu Bayern kommen. Außerdem soll ein Bundesstaat Deutsch-Österreich konstituiert werden.

Wie der „Vorwärts“ meint, dürfte eine große Mehrheit vorhanden sein, die bereit sein werde, den Grundlinien des Verfassungsentwurfs zuzustimmen. Möchte sich die Nationalversammlung, die voraussichtlich am 6. Februar zusammentritt, vor dem Fehler des Frankfurter Reichstages hüten und lange akademische Erörterungen vermeiden. Die Not der Zeit fordert solche Taten.

Bayerische Landesversammlung.

München, 22. Jan. Amtlich. Die Einberufung des bayerischen Landtags ist für Mitte Februar in Aussicht genommen. Da die Wahlen in der Pfalz infolge der durch die Okkupation entstandenen Schwierigkeiten erst am 2. Februar stattfinden können und die Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses geraume Zeit erfordert, ist die Einberufung vor dem 15. Februar nicht zu ermöglichen.

Großpolnische Umtriebe in Oberschlesien.

Breslau, 22. Jan. In den letzten Tagen sind führende großpolnische Elemente in Oberschlesien dazu übergegangen, offenen Landesverrat zu treiben. Wie heute mitgeteilt wird, hat sich am 13. Januar eine aus Deutschen und Umgebung stammende Deputation über Krakau und Wien nach Paris begeben, um sich mit der französischen Regierung über die ober-schlesischen Verhältnisse zu besprechen. Gleichzeitig mehrten sich die Fälle, in denen in großpolnischem Fahrtwasser gegandete Geiseln ihnen bekannte Mitglieder zum Landesverrat aufzufordern versuchten. Die Staatsanwaltschaft hat bereits Verhaftungen veranlassen müssen. Damit ist erwiesen, daß auch in Oberschlesien die Anhänger der Loslösung Oberschlesiens vom Reich versuchen, nach vor der Entscheidung durch den Friedenskongress vollendete Tatsachen zu schaffen und vor Anschlägen auf die Sicherheit des Reichs nicht zurückzusehen. Der Volksrat in Breslau (Zentralrat) für die Provinz Schlesien hat geeignete Schritte unternommen, diesem Landesverratigen Treiben ein Ziel zu setzen.

Aus der Partei.

Quittung für den Wahlford der Sozialdemokratischen Partei. Für den Wahlford des 3. Kreises zu den Landtagswahlwahlen gingen weiter ein:

Liste Nr. 824: 7 M.; Nr. 712: 66 M.; Nr. 610: 32,50 M.; Nr. 698: 8 M.; Nr. 805: 11,75 M.; E. G. 6 M.; Grünwinkel Liste Nr. 1067—1070: 34,50 M. Zusammen 165,75 M. Vorher quittiert: 10 086,64 M.; zusammen 10 252,39 M.

Weitere freiwillige Beiträge nehmen entgegen die Vertrauensleute der Partei, Expedition und Redaktion des „Volksfreund“, sowie der Parteisekretär A. W. J. e. l. e., Wilhelmstraße 47. Telefon 2300.

Baden.

Neutrale Zone.

Karlsruhe, 22. Jan. Die Verhandlungen der vorläufigen Volksregierung mit dem französischen Ausschmittskommandeur haben zu dem Ergebnis geführt, daß alle Personen, die vor dem 1. Januar 1919 in der neutralen Zone waren, auch weiterhin dort verbleiben dürfen. Die Bestimmung, daß mehrpflichtige Personen die neutrale Zone verlassen müssen, bezieht sich nur auf diejenigen, die nach dem 1. Januar 1919 in die neutrale Zone zugezogen sind. Aber auch hier werden noch gewisse Ausnahmen zugelassen werden. Nähere Ausführungen werden folgen.

Badische Nationalversammlung. Gestern vormittag hielt die Geschäftsordnungs-Kommission ihre erste Sitzung ab. Sie wählte zu ihrem Vorsitzenden den Abg. Wittmann (Zr.) und zu seinem Stellvertreter den Abg. Sed. (Soz.). Der Druckauswertungs für die Nationalversammlung mit der Druckerei „Wobornia“ wurde gutgeheißen. Für die Zukunft wurden verschiedene Wünsche für die Herstellung der Deutschen geäußert. Dann wurde eine Unterkommission gebildet, die eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Geschäftsordnung für die Nationalversammlung entwerfen soll.

Wahlprüfungen. Der Wahlprüfungsausschuss der Bad. Nationalversammlung hielt Montag nachmittags eine Sitzung ab. Zunächst beschäftigte sich der Wahlprüfungsausschuss mit dem eingezogenen Wahlprotokoll im 2. Wahlkreis Freiburg. Es lag ein Wahlprotokoll der Unabh. Sozialdem. vor, dahin gehend, daß in Offenburg am Wahltag zu große Sicherheitsmaßnahmen (Ausschluss von Maschinenwehren usw.) getroffen waren, und ein Wahlprotokoll der Reichssozialisten, daß sich in einer Gemeinde ein kath. Geistlicher im Wahllokal betätigt habe. Der Wahlprüfungsausschuss kam zu dem Resultat, die Wahl im 2. Wahlkreis für unbeanstandet zu erklären. Es folgte die Beratung über die beantragte Gültigkeit der Wahlen im 4. Wahlkreis Mannheim. Bekanntlich sind dort über 1000 der Deutschnational. Volkspartei zugefallene Stimmen für unzulässig erklärt worden. Die Verfassung wurde ausgelegt, da sich noch die Fraktionen darüber ausprechen sollen.

Lehrbataillone des bad. Volkheeres. Es besteht vielfach die Ansicht, daß in nächster Zeit auch im badischen Oberlande Lehrbataillone des badischen Volkheeres aufgestellt würden. Wie uns von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, beabsichtigt die Regierung, außer den bereits zur Aufstellung bestimmten Bataillonen in Heidelberg und Bruchsal, vorläufig keine weiteren Bataillone zu errichten.

Baden-Baden, 21. Jan. Im Schuppen des Landwirts Adolf Steinel brach Feuer aus, das das in Fols erbaute Bauwerk vollständig zerstörte. Weiterbrannt sind größere Futtervorräte. Das Vieh konnte gerettet werden.

Karlsruhe, 21. Jan. Hier fand eine Arbeitslosenversammlung statt, die von 600—700 Personen besucht war. Zur Ausarbeitung eines Antrags auf Eröffnung der Arbeitslosenunterstützung wurden von der Versammlung fünf Arbeitslose gewählt, die einer in Kürze einzuberufenden öffentlichen Erwerbslosenversammlung ihre Anträge zur Genehmigung zu unterbreiten haben.

Bar werden. ...
 ...
 ...

Einberufung ...
 ...
 ...

...
 ...
 ...

Aus der Stadt.
 * Karlsruhe, 23. Januar.
 Eine neue Gartenstadt in Grünwinkel.
 Nach langen sorgfältigen Vorbereitungen traten am 18. Jan. im kleinen Rathsausschusse eine Reihe von Vertretern der Gewerkschaften und Bauvereinigungen zusammen, um sich über die Gründung einer neuen Gartenstadt auf dem städtischen Gelände in Grünwinkel schlüssig zu werden. Als Vertreter der Stadt waren Oberbürgermeister Siegrist und Bürgermeister Paul erschienen. Der Vorliegende des vorbereitenden Ausschusses, Regierungsrat Dr. Kampffmeyer, berichtete über die Vorarbeiten, die bis auf das Jahr 1918 zurückgehen.

Das Gelände liegt zwischen der Dummertheimer Landstraße und nach Nordosten abbiegender Pfalzstraße und dem Altkircher. Der von Professor Sadur neu bearbeitete Bebauungsplan sieht die Errichtung von 180 Wohnungen vor. Davon sind 32 Stadtwohnungen, die in acht Vierfamilienhäusern untergebracht sind. 148 übrigen Wohnungen sind Einfamilienhäuser, die je nach dem Raumbedürfnis der Bewohner 3-5 Räume (einschließlich Küche) enthalten. Bei Bedarf sollen auch für Beamte oder andere Liebhaber etwas größere Häuser gebaut werden. Die Einfamilienhäuser, die als Reihenhäuser gebaut werden, sollen einen Garten von etwa 200 qm erhalten, also eine Fläche, die bei guter Kultur ausreicht, um einen großen Teil des Gemüsebedarfs zu decken. Die Doppelhäuser erhalten Gärten von 300-400 qm. Die Miete kann jetzt noch nicht endgültig festgesetzt werden, da durch den Krieg kostengünstigere Rohstoffe im wesentlichen gedeckt sind, wird die Miete gegenüber den früheren Friedenspreisen nur diejenige Erhöhung erfahren, die inwieweit für die vorhandenen Wohnungen bereits eingetreten ist. Mit häuslicher Mühseligkeit werden 80 v. H. der dann noch übrigbleibenden Selbstkosten gedeckt werden können, so daß von der Genossenschaft für die Einzelnwohnungen nur ein Kapital von durchschnittlich 500-600 M aufzubringen bleibt. Diejenigen, die von vornherein sich mit Geschäftsanteilen in dieser Höhe als Genossenschaftsmitglieder beteiligen, erhalten außerhalb der Verlosung die von ihnen gewünschten Wohnungen zugewiesen, da ja für die Errichtung dieser Wohnungen das von den übrigen Genossen aufgebrachte Kapital nicht in Anspruch genommen wird. Mit Hilfe dieses Genossenschaftskapitals werden dann jeweils mehrere Wohnungen erbaut, als möglich ist und der Nachfrage entspricht. Diese Wohnungen werden dann unter den Bewerberinnen, sofern mehr Bewerber da sind als Wohnungen, verlost. Das Eintrittsgeld zur neuen Gartenstadtgenossenschaft soll mindestens 5 M zulässig. Doch soll ein jeder zunächst von vorn-

Arbeiter-Sportbewegung.
 Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege, die Zentralfelle der gesamten deutschen Arbeiterverbände hat mit dem 1. Januar d. J. ihre irdentliche Geschäftsstelle wieder eröffnet. Alle Zuschriften der Arbeiter-Sportartelle sind an den Sekretär der Zentralstelle, Hermann Reichardt, Berlin S 59, Freiligrathstraße 4, zu richten.
 Von allen Arbeiterpartien erwartet die Zentralstelle die reifste Propaganda für die Arbeiter-Sportbewegung, die Wiederaufnahme der Tätigkeit der alten Sportartelle und die Schaffung von neuen Kartellen an allen Orten, an denen mehrere Arbeiterpartien bestehen, um ein gemeinschaftliches Arbeiten der Vereine zu erzielen. Bei Neugründungen von Sportartellen stellt die Zentralstelle Materialien zur Verfügung.
 Die Leitungen der Sportartellen sind verpflichtet, dem Sekretär ihre Adressen mitzuteilen.

St. Ettingen, 22. Jan. * Nach 4 1/2 Jahren erkrankener Pause nimmt nun auch die Freie Turnerschaft Ettingen wieder ihre Tätigkeit auf und ruft ihre Mitglieder auf kommenden Freitag, 24. Jan., abends 7 Uhr, in die „Brauerei Henke“ zur ersten Versammlung zusammen. Die Mitglieder wie auch jene Arbeiter, die uns vor dem Kriege fern standen, werden ersucht, sich nun an den Arbeitervereinen anzuschließen, wo sie unter Gleichgestimmten herzliche Aufnahme und Betätigung finden werden. Kommenden Sonntag früh 7 Uhr findet ab Holzhof eine Halbtagesfeier nach Schützenbach, Schützenbrunnmühle, Fischweier statt. Von dort aus Heimfahrt mittels Bahn. Nachmittags 3 Uhr Langausflug nach dem Jagdhau. Wiederbücher sind überallhin mitzunehmen. Wir hoffen auf eine zahlreiche Beteiligung sowohl seitens unserer Mitglieder wie auch der Freunde und Gönner, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen.

Beteiligung zu ermöglichen, sind Teilzahlungen von monatlich mindestens 5 M zulässig. Doch soll ein jeder zunächst von vorn-

Außer den Miethäusern sollen auch Verkaufshäuser errichtet werden. Die Spekulation bleibt durch Erbschaftsverträge ausgeschlossen. Es ist somit auch Kriegsbeschädigten Gelegenheit geboten, mit Hilfe der Kapitalisierung ihrer Rente sich ein Eigenheim zu errichten.

In der sehr angeregten Aussprache erörterte Prof. Sadur den Bebauungsplan und die Bautypen. Oberbürgermeister Siegrist stellte eine weitgehende Förderung des Unternehmens seitens der Stadt in Aussicht, durch Ueberlassung des Geländes zu günstigen Bedingungen und der Beteiligung am Genossenschaftskapital. Auch die Industriellen wollen sich finanziell beteiligen.

Es wurde beschlossen, die Gründung zu beschleunigen, am Freitag, den 24. Januar, abends 7 1/2 Uhr, soll eine große öffentliche Versammlung im Gasthaus zu den drei Linden in Mühlburg veranstaltet werden und im Anschluß an einen Vortrag von Regierungsrat Dr. Kampffmeyer eine freie Aussprache über das geplante Unternehmen folgen. Beitrittserklärungen werden schon jetzt vom „Landeswohngesetz“, Ritterstraße 2, 3. St., bei den Vorbereitungen für die Gründung getroffen hat, entgegenge-

Freie Jugend (Arbeiterjugend). Heute Abend 8 Uhr im städtischen Jugendheim Spiel- und Lesabend.

Einberufung in der Kammer. Dieser Tage waren französische Offiziere hier, um gewisse Bestimmungen des französischen Oberkommandos für die neutrale Zone zu kontrollieren. Sie wurden im Rathaus empfangen und zwar, wie man uns mitteilt, im Ehrenbürger-Zimmer, in dem sonst das Bild Hindenburgs, des Ehrenbürgers der Stadt Karlsruhe, hängt, das man aber vorher in die Mutter der Arbeit - zu Ehren der französischen Gäste der Sicherheit halber hat entfernen und ins Dienerszimmer stellen lassen. Es mag für die Spitzen der Stadt, die ehemals einen Fürsten- und Hindenburgglanz getragen haben, der bald einen Hund jammern konnte, nicht leicht gefallen sein, so mit ihrem Abzug zu verabschieden.

Früher hat Ihr im Verlichen mit der Sonne, jetzt steht Ihr im zum alten Runder, Ihr geht ja auch die Sonne auf im Osten und im Westen geht sie unter.
 Die Erhöhung der Eisenbahntarife wird nun am 1. April d. J. in Kraft treten. Die Tarifserhöhung soll für den Güter- und Viehverkehr einen Zuschlag von 60 Prozent zu dem jetzigen schon erhöhten Tarif bringen. Bei dem Personenverkehr sollen zu dem jetzigen Mehrpreisen folgende Zuschläge vorgenommen werden: für die 1. Klasse 25 Proz., für die 2. Klasse 30 Proz., für die 3. Klasse 40 Proz. und für die 4. Klasse 100 Proz. Die bisherigen Zuschläge für Schnellzüge sollen neu geregelt werden. Ferner ist die Einführung eines Zweiklassenzuges in Aussicht genommen.

Deutscher Humor. Der bekannte jugendliche Schauspieler und Regisseur Albert Walter veranstaltet am 23. Januar, abends 7 Uhr, im Eintrachtshaus hier einen Vortragsabend, zu dem ein sehr hübsches Programm aufgestellt wurde.
 Konzerthaus. Am heutigen Donnerstag, 23. Januar, geht abends 8 1/2 Uhr neuinstabiert „Fiesco“ von Schiller in Szene. Die Hittelrolle spielt zum erstenmal Robert Wächter, in den andern Hauptrollen zum erstenmal Fritz Herz, Felix Baumbach, Melanie Ermarth und Rosa Schottlin, letztere für die erkrankte Ruth Wink. Der dekorative Rahmen ist besonders im 4. und 5. Akt den Verhältnissen des Konzerthauses angepaßt. Regie: Dr. Moenncke.

Letzte Nachrichten.

Nahrungsmittelhilfe der Entente.

W.D. London, 22. Jan. Reuters meldet, daß in zwei bis drei Wochen deutsche Handelschiffe unter Kontrolle der Alliierten wieder auf See fahren werden, um hauptsächlich den früheren Feinden der Alliierten Lebensmittel zuzuführen. Es sei sowohl im Interesse der Menschlichkeit als auch im Interesse der ökonomischen Ordnung, daß bestimmten bedürftigen Gebieten und den feindlichen Ländern bald Hilfe gebracht würde. Die vom Deutschen Kriegsrat ernannten Lebensmittel- und Schiffahrtskommissionen haben sich vor kurzem nach Trier begeben, wo sie mit der deutschen Abordnung, bei der sich auch Regierungsbeamte und Vertreter der Seefahrt befinden, zusammengekommen seien. Wegen der noch nicht geordneten Zustände in Deutschland seien die Alliierten im Zweifel gewesen, ob irgend eine stabile Autorität vorhanden sei, um ein Übereinkommen abzuschließen zu können. Aber die deutschen Delegierten hätten beweiskräftig dargelegt, daß sie in der Lage seien, die besten Beschaffungen einzugehen. Es sei beabsichtigt, daß Deutschland eine gewisse Menge Lebensmittel, besonders Weizen, Fett und konzentrierte Milch kaufen und importieren könne. Die Konferenz in Trier sei als die erste Gelegenheit, bei der deutsche und britische Zivilisten seit Kriegsbeginn in Verhandlung traten, bemerkenswert.

W.D. Genf, 22. Jan. Agence Havas. Der oberste Rat der Alliierten für allgemeine Verpflegung trat am 20. Januar unter dem Vorsitz Hoopers zusammen. Der Rat billigte die Vorschläge des ständigen Ausschusses bezüglich Schaffung von Verpflegungsausschüssen der assoziierten Regierungen in Triest für die Länder, die von der Adria zugänglich sind, ferner in Bukarest, Konstantinopel und Polen. Nach einem Bericht der kritischen Lage der Verpflegung für Polen richtete der Rat an Marshall Joch einen Brief mit der Bitte um unverzügliche Maßnahmen gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes, um die Beschaffung der für die Bevölkerung nötigen Lebensmittel über Danzig sicher zu stellen. Es wurden Vorkehrungen getroffen für die Verpflegung Finnlands und um Gewähr dafür zu haben, daß Deutschland seine Verpflichtung bezüglich der Ernährung der russischen Kriegsgefangenen hält.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote. Os'ar Frömbsdorf von Lambrecht, Schloffer hier, mit Ida Ot. von Randel. Karl Münch von Reutlingen, Steinhauer hier, mit Anna Fendel Bwe. von hier Raul Forstner von Heidelberg. Apotheker in Mannheim, mit Vertha Flaetner von hier. Ludwig Wille von Raaspe, Buchhändler hier, mit Vertha Müller von Rehl.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten. Friedrich, B. Arnold Riefer, Handwerker. Trude Emma, B. Friedrich Karl Wilhelm Meier, Metallarbeiter.
Eheschließungen. Jakob Friedrich Rieder, Fabrikant in Pforzheim, und Helene Elisabeth Karoline Betty hier. Gustav Hugo Schleifer, Revolverdreher, und Lina Wilsch.
Sterbefälle. Gustav Eisenbeiser, Elektromonteur. Ehemann, 33 J. alt. Adolf, B. Emil Bühler, Lederarbeiter, 6 Mon. alt. August Vogel, Barfmeister, Ehemann (Landsturmann-Kranienträger), 39 J. alt. Rosine Ehemann, ledig, ohne Beruf, 75 J. alt. Emil Theurer, Maschinenkloster, ledig (Musiker), 21 J. alt.

Verantwortlich: für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Rabel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund Fortwärts.) Morgen Freitag abend Punkt 8 Uhr Singstunde. Vollständiges Erscheinen dringend erwünscht. 703

Wasserstand des Rheins.
 Schüttel 1,53 Meter, gest. 1 Zim.; Rehl 2,47 Meter, gest. 7 Zim.; Maxau 4,27 Meter, gest. 8 Zim.; Mannheim 3,47 Meter, gefallen 11 Zentimeter.

Wegen großer Papiernot muß der Umfang der Zeitungen gegenwärtig auf das Allernotwendigste beschränkt werden.

Bekanntmachung.

Die Bürgermeisterwahl in Büchig betr.
 Bei der am 18. Dezember 1918 in Büchig vorgenommenen Bürgermeisterwahl wurde Gemeindevorstand Philipp Rudolf Schilling in Büchig zum Bürgermeister der Gemeinde Büchig gewählt. Er wurde unterm heutigen verpfichtet.
 Karlsruhe, den 16. Januar 1919. 688
 Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betr.
 Die Gültigkeit der von dem Ministerium für militärische Angelegenheiten Abt. K. ausgestellten vorläufigen Fahrtaumesse für Kraftfahrzeuge, die mit Gültigkeitsvermerk bis 15. Jan. 1919 versehen sind, ist bis 15. Februar 1919 verlängert. Ein besonderer Vermerk hierüber auf dem vorläufigen Fahrtaumess ist nicht erforderlich.
 Karlsruhe, den 18. Januar 1919. 688
 Bezirksamt. - Polizeidirektion.

Bekanntmachung.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.
 Nachdem in dem Stalle des Ludwig Holz, Schuhmacher, in Rühlheim die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:
 A. Sperrbezirk.
 Das gemeinsame Gehöft des Schuhmachers Ludwig Holz und des Friedrich Werner bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 161 ff. der Ausführungsverordnungen des Bundesrats zum Reichsweidseuchengesetz.

B. Beobachtungsgebiet.
 Um den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 166 ff. der Ausführungsverordnungen zum Reichsweidseuchengesetz bestehend aus dem übrigen Teil der Gemeinde gebildet.

Maßregeln für das Beobachtungsgebiet.
 In der Gemeinde Rühlheim ist verboten:
 1. Die Abhaltung von Klauenmärkten, mit Ausnahme des Schlachtviehmärkte in Schlachtviehhöfen, sowie der Ausrück von Klauenvieh auf Jahr- und Wochenmärkte. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf marktähnliche Veranstaltungen.
 2. Der Handel mit Klauenvieh, sowie mit Geflügel. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Auffuchen von Viehbeständen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.
 3. Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh. Das Verbot findet keine Anwendung auf Viehversteigerungen auf dem eigenen nicht gesperrten Gehöfte des Besitzers, wenn nur Tiere zum Verkauf kommen, die sich mindestens drei Monate im Besitz des Versteigerers befinden.
 4. Die Abhaltung von öffentlichen Tierfesteilen mit Klauenvieh.
 5. Das Beggeben von nicht ausreichend erhöhter Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Verwertung solcher Milch in den eigenen Viehbeständen der Molkerei, ferner die Entwertung der zur Anfertigung der Milch und zur Ablieferung der Milchstände benutzten Gefäße aus der Molkerei, bevor sie desinfiziert sind (vgl. § 11 Abs. 1, Nr. 9, 10 der Anweisung für das Desinfektionsverfahren).
 6. Aus dem Beobachtungsgebiet darf Klauenvieh ohne polizeiliche Genehmigung nicht entfernt werden. Auch ist das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren mit fremden Wiederkäuern durch das Beobachtungsgebiet verboten.
 7. Die Ausfuhr von Klauenvieh zum Zwecke der Schlachtung kann durch das Bürgermeisteramt gestattet werden. Wegen der Bedingungen siehe § 166 Abs. 2 und 3 der Ausf.-Vorschr. z. M.-Weidseuchengesetz und § 49 der Vollz.-Verordg. hierzu.
 8. Im ganzen Bereiche des Beobachtungsgebietes ist der gemeinschaftliche Weidgang von Klauenvieh aus den Beständen verschiedener Besitzer und die gemeinschaftliche Benutzung von Brunnen, Tränken und Schwämmen für Klauenvieh verboten.
 9. Hunde sind im Beobachtungsgebiet festzulegen.
 Karlsruhe, den 21. Januar 1919. 709
 Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Maul- und Klauenseuche betr.
 Die Maul- und Klauenseuche im Stalle des Theodor Bergbold in Rühlheim ist erloschen.
 Karlsruhe, den 21. Januar 1919. 706
 Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Maul- und Klauenseuche betr.
 Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Durlach, Amt Rastatt, ist erloschen.
 Karlsruhe, den 21. Januar 1919. 707

Bekanntmachung.

Maul- und Klauenseuche betr.
 Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Durlach, Amt Rastatt, ist erloschen.
 Karlsruhe, den 21. Januar 1919. 707

Bekanntmachung.

Maul- und Klauenseuche betr.
 Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Durlach, Amt Rastatt, ist erloschen.
 Karlsruhe, den 21. Januar 1919. 707

Bekanntmachung.

Maul- und Klauenseuche betr.
 Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Durlach, Amt Rastatt, ist erloschen.
 Karlsruhe, den 21. Januar 1919. 707

Bekanntmachung.

Maul- und Klauenseuche betr.
 Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Durlach, Amt Rastatt, ist erloschen.
 Karlsruhe, den 21. Januar 1919. 707

Bekanntmachung.

Maul- und Klauenseuche betr.
 Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Durlach, Amt Rastatt, ist erloschen.
 Karlsruhe, den 21. Januar 1919. 707

Bekanntmachung.

Maul- und Klauenseuche betr.
 Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Durlach, Amt Rastatt, ist erloschen.
 Karlsruhe, den 21. Januar 1919. 707

Gebrüder Scharff

Frisch eingetroffen:

Schnupf-Tabak

Marke Lotbeck
kleine Pakete 25 Pfg.
100 gr-Pakete:
gelb Papier . . . 1.20
blau " . . . 1.35
rosa " . . . 1.45

693

Konfirmanden - Anzug
zu kaufen gesucht. Dasselbe ist eine weiße Servierjacke (Friedensware) preiswert zu verkaufen. Waldhorstr. 32, 41.

Mandolinen, Gitarren, Zithern
werden fortwährend angekauft in Weintraubs Ju- u. Verkaufsgeschäft, 356 Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Zuchthäfen
zu verkaufen. 686
Sakentankanten 5,3, Holländer 4,2, Weiße Wiener 5,3, Englische Ehedien 5,7, Dornmeln 2,1.
Städt. Krankenhaus.

Öffentliche Versammlung
im Gasthof zu den „Drei Linden“, Mühlburg
Freitag den 24. Januar, abends halb 7 Uhr.
Es spricht Regierungsrat Dr. Kampffmeyer über: 682

Die Gründung der Gartenstadt Grünwinkel
Alle Männer und Frauen, die für sich und andere bessere Wohnungsverhältnisse erstreben, sind eingeladen.
Freier Eintritt. Freie Aussprache.
Der vorbereitende Ausschuß.

Dankagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Vaters, Bruder und Schwager 685

Karl Seiter

Sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Oberhofprediger Fischer für seine sinn- und trostreichen Worte.
Im Namen der trauernd Hinterbliebenen:
Frau Marie Seiter, Wwe., und Kinder.
Wilhelmstraße 33.

Tanz-Unterricht

Anfangs Februar beginnen noch weitere erfill. Nachmittags und Abendkurse. Gefällige Anmeldungen Dienstag und Freitag von 7 bis 9 Uhr im Gasthaus „Zur Rose“, Altmühlstraße 87, und Kavellestraße 16 von 12 bis 2 Uhr.
Sofortabend 620

Alfred Trautmann
Operettenchor und Lehrer der Tanzkunst.

Vom Felde zurück erteilt wieder gründlichen 690
Zither-, Mandoline- u. Gitarre-Unterricht.
Oskar Mühlthaler, Buttlstraße 14.

In der **Großstadt herrscht**

Arbeitslosigkeit und Hunger

Darum:

Heimkehrende Krieger zieht Auf's Land!

Auf dem Land findet ihr **Arbeit und Brot**

Die Arbeitsstellen vermitteln euch die **Arbeitsnachweise.**

JOE LOE

Listen I. Klasse und Liste II. Klasse Preuß.-südd. Staatslotterie
sind da und baldigst abzuholen. Kauflose zur Ziehung kosten 1/8 1/4 1/2 1/1 Zeit 10-20-40-80-Mark
Auch andere Staatsprämien und Spiellose offeriert. 690

Ludwig Göb
Badischer Lotterieleihnehmer
Gebelstr. 11, beim Rathaus.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Pelze, Muffe
zu billigen Preisen. 692

Kriegsanleihen sind in Zahlung genommen.

Eisenbahnertaschen
in allen Größen zu haben in

Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52. 694

Kinder-Klappwagen
mit Doppelst. und einem Dach zu verkaufen. Anzufragen von 1-3 Uhr nachmittags bei 670
Gust. Werner, Akademiestr. 181.
Schilder verboten

Städtisches Konzerthaus.
Donnerstag, den 23. Januar 1919. 704
Donnerstagsmiete Nr. 18.
Neu einstudiert:
Die Verschwörung des Fiesco zu Genua.
Tranerspiel in fünf Akten von Schiller.
Anfang 1/6 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

Bad. Kunstverein e. V.
Karlsruhe, Waldstrasse 3.

Schluss der grossen Sammelausstellung von Werken des Professor Dr. Ludwig Dill, Karlsruhe, am **30. Januar 1919.**

Besuchszeiten: Werktags von 10-1 Uhr Vorm.
703 Sonntags " 11-1 " "
sowie täglich von 2-4 Uhr Nachmittags.

Welt-Kino
Kaiserstrasse 133

Nur noch Donnerstag und Freitag

Ada van Ehlers
Die grösste weibliche Detektivin
in
Das Geheimnis der Briefmarke
Spannender Detektivschlager
in 4 Akten.
Regie: Georg Alexander.

Nanny Ziener
in
Lola die Schlangentänzerin
Lustspiel in 3 Akten. 705

Unabhängige Sozial. Partei Karlsruhe
Am Donnerstag, 23. Januar, abends 7 Uhr, in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstr. 13.

Gedächtnisfeier
für
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.
Gedächtnisrede: Adolf Geck, Offenburg.
Gesangliche Mitwirkung: „Gleichheit“, Karlsruhe.
Eintrittskarten zu 20 Pfg. bei den Vertrauensleuten und im Sekretariat, Kaiserstr. 13. 645

Der Vorstand.

Unabh. Soziald. Partei Bruchsal.
Am Freitag, 24. Januar 1919, abends 1/8 Uhr, im Gasthaus „Prinz Reg“

Gedächtnis-Feier
für die Opfer der Revolution.
Gedächtnisrede: Georg Dietrich, Karlsruhe, und Mitwirkung einer Musikkapelle.
694

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Durlach.
Am Donnerstag, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal „Darmstädter Hof“ unsere

General-Versammlung
statt. Die Kollegen werden dringend ersucht, zu erscheinen, da unter anderem auch die Tagesordnung steht. Sämtliche vom Felde zurückgekehrten Kollegen, die sich noch nicht angemeldet und ihre Mitgliedsbücher abgeholt haben, bitten wir, dies umgehend nachzuholen. 684

Der Vorstand.

Kriegsteilnehmer-Interessen-Verband (K.-I.-V.)

Kameraden aller Berufe schließt euch zusammen

**Handwerker Kaufleute
Freie Berufe Fabrikanten
Beamte Arbeiter**
usw.

Nur Selbsthilfe führt zum Ziel.
Der Nachteil, den ihr durch Abwesenheit von Beruf und Wohnung hattet, soll gerecht ausgeglichen werden.
Daher kommt alle zur

öffentlichen Versammlung
Freitag, den 24. Januar 1919
abends 8 Uhr, Friedrichshof, großer Saal.
696

Der Vorstand.

Gesangverein der Nähmaschinenbauer Junker & Ruh.

Am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet im Vereinslokal (Sabaria) unsere

General-Versammlung
statt, wozu die verehrlichen Mitglieder freundlichst einladen
688

Der Vorstand.

Auskunft umeinst bei **Schwerhörigkeit**
überhörsen, nervösen Ohrschmerz, über unsere taubstimmigen, versantmtl. geübte, Hörtrömmeln, bequem u. unsichtbar zu tragen. Verstell. empfindl. Glanz. Anfertigungen. Sants Versand München. 26 b.

Größe

dem Abgab
laden.
nachde
hinein
Be
numm
Seam
fein f
abolu
Bunde
Hoen
sind e
Kriegs
häuße
sind g
der G
helmä
eines
hat, m
dät un
mehr
-byre
und b
Konien
Layoun
dah ge
Zeit a
werden
Die ein
den je
Förber
lufian
hat. fa
erliche
lassen.
De
wie in
hat es
trenn
nimmt.
Säbik
ord ih
Worlich
Eine
gung
einer
Befugn
war ein
derung
aber da
Die
hen ab
schid
lands
An Fra
als der
tum un
1848
dalsmu
zum 9.
Envid
Claype.
von M
mus zu
Jahrl, au
bekemm
denn er
nach G
in Deu
Kronen
Gerunde
und par
ging dal
rung, d
licher Q
heit" ist
die für
derung
mit der
Kämpfe.
hieser e
demütig
Wifacht
zu sein
Esträch
Molle de
aus der
was dar
Kapitel